



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 7./8./15. Mai 2019

Die Mai-Session verlief alles in allem äusserst ruhig. Es hatte kaum Geschäfte mit «Zündstoff». Thematisiert wurde der erste Bericht zum [kantonalen Finanzausgleich](#). Dieser attestiert dem Solothurner Modell sehr gute Noten. Die Ziele wurden bisher grossmehrheitlich erreicht. Eines der Ziele lautet, dass die Steuer-Unterschiede zwischen den Gemeinden reduziert werden können. Dies wurde in den letzten Jahren erreicht. Gegen den aktuellen Finanzausgleich formiert haben sich aber die sogenannten Gebergemeinden, also jene, welche in den Topf einzahlen. Sie möchten eine Lösung, mit welcher sie zukünftig weniger belastet werden. Ob am Finanzausgleich geschraubt wird, darüber wird voraussichtlich in der Herbst-Session debattiert und entschieden. Im Falle der Annahme der Steuervorlage dürfte die Diskussion zusätzlich neu entfacht werden.

Ebenfalls wurde der erste [Bericht der Pensionskasse](#) zur Kenntnis genommen. Anfang 2015 musste der Kanton eine Schuld von 1.09 Mia. Franken von der Pensionskasse Solothurn (PKSO) übernehmen, welche nun über 40 Jahre mit einer jährlichen Annuität zurückbezahlt wird. Bei dieser Schuld wurde eine Verzinsung von 3% vereinbart. Da der Kanton aktuell auf dem Markt aber Kapital zu deutlich tieferen Zinsen aufnehmen kann, hat er dies gemacht (insgesamt 780 Mio. Franken) und so einen Teil der Schulden an die PKSO vorzeitig zurückbezahlt. Statt 3% an die PKSO zahlt der Kanton nun nur 0.76% Zinsen für diesen Teil, was tiefere Kosten von rund 17.5 Mio. Franken bedeuten. Entsprechend zufriedenstellend wurde der Bericht aufgenommen.

Diskutiert wurde über eine Interpellation zu [«Vereinbarkeit Familie und Beruf»](#). Bei diesem Thema bin ich immer wieder überrascht, dass das als «Familienpolitik» taxiert wird. Familienpolitik wäre für mich, wenn man den Fokus auf die Familie legen und sich dabei auch fragen würde, was die Kinder eigentlich dazu denken. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht es aber primär um wirtschaftliche Überlegungen. Das ist nicht falsch, aber man kann es ja dann auch so betiteln.

Geändert wurde das [Gesetz über die politischen Rechte](#). Dabei ging es um den «Fall Niedergösgen». Dort hatte im 2017 der Gemeindepräsident im ersten Wahlgang das absolute Mehr nicht erreicht und wurde folglich vorerst nicht, jedoch dann aber via 2. Wahlgang in stiller Wahl gewählt. Dies wurde möglich, weil es gar nicht gestattet war, dass sich zum zweiten Wahlgang weitere Kandidaten aufstellen lassen konnten, was aus Sicht des Rates ein klarer Fehler war in der bisherigen Gesetzgebung, welcher nun korrigiert wurde. Somit können sich neu im 2. Wahlgang nun zusätzliche Kandidaten aufstellen und wählen lassen.

Diskutiert wurde über einen Auftrag, welcher mehr [Transparenz in der Politik](#) forderte. Was im Grundsatz gut tönt, ging den meisten, so auch mir, aber deutlich zu weit, da mehr Transparenz sogar auf kommunaler Ebene verlangt wurde.

### In Kürze

Ein Auftrag zur [Senkung der Fallwildzahlen](#) wurde klar überwiesen. Diskutiert wurde über die [Ungleichbehandlung der Arbeitsbedingungen](#) zwischen Privatwirtschaft und Staat und über die [bessere Ausnützung der Bauzonen](#). Das Thema Klimaschutz wurde im Rahmen von verschiedenen Interpellationen aufgegriffen (wie z.B. [«Konsequenzen aus der Trockenheit»](#) oder [«Kunststoff als Abfall»](#)).

Zurzeit herrscht grosses Wechselfieber im Kantonsrat: Nachdem an dieser Session zwei neue Mitglieder vereidigt wurden, gab die Präsidentin drei weitere Rücktritte bekannt. Die nächste Session findet am 25./26. Juni und 3. Juli 2019 statt.

*André Wyss*

[www.evp-so.ch](http://www.evp-so.ch) | [www.andrewyss.ch](http://www.andrewyss.ch)

### Persönlich

In Zusammenarbeit mit einer Vertreterin der FDP und einem Vertreter der Grünen habe ich einen **Auftrag zur neuen Mobilfunktechnologie «5G»** eingereicht. Anders als in anderen Kantonen, wo teils ein Moratorium gefordert wird bzw. teils bereits entschieden wurde, geht es in unserem Vorstoss nicht um ein Verbot, sondern primär um die Sensibilisierung und die Minimierung der Strahlenbelastung und somit der möglichen gesundheitlichen Risiken.

Zur Interpellation **«Vereinbarkeit Familie und Beruf»** wies ich darauf hin, dass, wenn man mehr Geld für die «Kinderbetreuung» ausgeben will, dann bitte für alle Familien, also auch für jene Eltern, welche sich bewusst dafür entscheiden, ihre Kinder selber zu Hause zu betreuen.